

BESCHLUSSVORLAGE

Nummer: BV/2021/254

Fachbereich III	Az: 112.231
Fachgruppe III/1 - Ordnung, Verkehrswesen und Naturschutz	
Sachbearbeiter/-in: Cornelia Claßen	Datum: 01.12.2021

Gremium	Zuständigkeit	Ö-Status.	Sitzung am
Gemeinderat	Beschluss	öffentlich	13.12.2021

Beschlussvorschlag:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, dass die Stadt Schopfheim der kommunalen landesweiten Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beitrifft.

Leitbild

Schopfheim – lebenswert und zukunftsorientiert

Handlungsfeld
Umwelt und Energie
Strategisches Ziel
Der vorliegende Lärmschutzplan ist umgesetzt
Leistungsziel
Die im Lärmschutzplan vorgesehenen Temporeduktionen sind eingereicht
Maßnahme
Die Anordnungen für das innerörtliche Straßennetz werden in eigener Zuständigkeit erledigt

Finanzielle Auswirkungen:

Ja Nein

Gesamtkosten: €

Vergabevolumen: €

FINANZHAUSHALT

Investitionsnummer:

Einzahlungen: €

Auszahlungen: €

ERGEBNISHAUSHALT

einmalige/laufende Kosten pro Jahr

Kostenträger:

Erträge. €

Aufwendungen: €

Mittel stehen zur Verfügung (Ansatz + Mittelübertrag):

Jahr	Einzahlungen/Erträge	Auszahl./Aufwendungen	VE
2021	€	€	€
2022	€	€	€
2023	€	€	€
2024	€	€	€

 Überplanmäßig € außerplanmäßig €

Deckung: €

bei Investitionsnummer:

Kostenträger: €

Bemerkungen:

Begründung:

In der Anlage ist ein gemeinsamer Antrag der Fraktionen vom 29.11.2021 beigefügt (Anlage 1). Die Verwaltung soll beauftragt werden der kommunalen landesweiten Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ beizutreten.

Aufgrund einer Presseinformation im November 2021 hat sich, unabhängig des jetzt eingereichten Antrages der Fraktionen, die Verwaltung bereits um nähere Informationen zu dieser Initiative bemüht.

Die Unterlagen des Deutschen Städtetages hierzu sind als Anlage 2 der Vorlage beigefügt.

Ziel der Initiative ist die zulässige Höchstgeschwindigkeit innerorts mit 30 km/h als Regel und andere Geschwindigkeiten, je nach örtlichen Gegebenheiten und Erfordernissen, als Ausnahme über das Straßenverkehrsrecht neu zu regeln.

Gemeinsamer Antrag der Fraktionen v. 29.11.2021
Informationen Deutscher Städtetag

Für die Richtigkeit:

gez.
Dirk Harscher, Bürgermeister

gez.
Cornelia Claßen